



2003/37 Ausland

<https://ads.jungle.world/artikel/2003/37/nachrichten-0>

Nachrichten

<none>

Olympische Störung

Griechenland. Die griechische Regierung hatte angekündigt, die Gefahr von hausgemachtem Terrorismus spätestens ein Jahr vor Beginn der Olympischen Spiele am 13. August 2004 in Athen beseitigt zu haben. Dies ist ihr nicht gelungen: In der Nacht zum vergangenen Freitag explodierten zwei Bomben auf dem Gerichtsgelände der griechischen Hauptstadt. Eine bislang unbekannte Gruppe »Revolutionärer Kampf« bekannte sich zu der Tat. Die Polizei vermutet, dass es sich um Sympathisanten der militanten Untergrundorganisation 17. November handelt. Am Vortag war deren mutmaßlicher Mastermind, Alexandros Yiotopoulos, in einem speziell eingerichteten Gerichtssaal in einem Athener Hochsicherheitsgefängnis vernommen worden. Yiotopoulos, der letztes Jahr festgenommen wurde, bezeichnete die Anklagen als fabriziert. Die Verhandlungen gehen bereits in den siebten Monat, ein Urteil wird für Oktober erwartet. Den Staatsanwälten ist es aber bisher nicht gelungen, ihn direkt mit einem Verbrechen in Verbindung zu bringen. Der Angeklagte räumte allerdings ein, ein erfahrener Bombenbauer zu sein. Erworben habe er diese Fertigkeit während einer Serie von Attentaten zur Zeit der Militärdiktatur in Griechenland. Falls es der Justiz nicht gelingen sollte, Yiotopoulos zu verurteilen, wäre dies ebenfalls ein ernsthafter Schlag für die Athener Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele.

Kontobildung

Rumänien. Während die EU Rumänien unermüdlich auffordert, drakonische Maßnahmen gegen Korruption zu ergreifen, trübt ein neuer Finanzskandal das Bild des Landes, dessen EU-Beitritt für 2007 vorgesehen ist. Die rumänische Ministerin für europäische Integration, Hildegard Puwak, wird verdächtigt, EU-Gelder veruntreut zu haben. Sie soll 150 000 Euro aus dem europäischen Programm Leonardo da Vinci auf ein Privatkonto überwiesen haben. Das Geld war für Berufsausbildungen bestimmt. Die »Affäre Puwak« kommt für Rumänien äußerst ungelegen: Die EU-Kommission legt im kommenden Monat den jährlichen Bericht zur Bewertung der Beitrittskandidaten vor.

Die Affäre war bekannt geworden, nachdem Journalisten Beweise vorgelegt hatten. Dem Sprecher der Regierungspartei fiel dazu lediglich ein, dass im Falle eines Scheiterns des rumänischen EU-Beitritts die Journalisten die Hauptverantwortung trügen. Der Repräsentant der EU-Kommission in Bukarest, Jonathan Scheele, kündigte eine Enquête-Kommission an. Falls

diese Unregelmäßigkeiten aufdecken sollte, werde die EU-Kommission die Verantwortlichen auffordern, die Gelder zurückzuzahlen.

Polnisch-Irak

Großbritannien/Polen. Was haben Polen, Thailand, Großbritannien und die Mongolei gemeinsam? Truppen im Irak. Mittlerweile befinden sich fast 180 000 Soldaten im Irak, und es werden mehr. London hat vergangene Woche entschieden, als Antwort auf die zunehmenden Gewaltakte gegen die Besatzungsmacht seine Truppen um 3 000 Soldaten zu verstärken.

Derweil hat Polen am vergangenen Mittwoch das Kommando über die Region »Zentraler Süden« von der US-Armee übernommen und befehligt nun eine multinationale Truppe von 9 200 Soldaten aus 21 Ländern. Ausgenommen ist bislang jedoch die Stadt Nadschaf, die nach dem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier vorerst unter Kontrolle der USA bleibt. Dies macht viele skeptische Polen noch skeptischer. Sie werfen der Regierung vor, die schlecht ausgerüsteten Soldaten ins Unheil zu stürzen.

Das Engagement könnte indes einen Bumerangeffekt auf die ohnehin geschwächte Regierung Leszek Millers haben: Bereits bei Ausbruch der Kampfhandlungen waren zwei Drittel der Polen gegen den Krieg, nach dem Sturz Saddam Husseins hält sich die Zahl bei beachtlichen 55 Prozent.

Geistesgestört

Italien. Nach der Sommerpause meldet sich Silvio Berlusconi zurück und sorgt wie üblich für große Aufregung. Seine politischen Ansichten vertraute der italienische Ministerpräsident diesmal zwei britischen Journalisten in einem Interview an, das vergangene Woche im britischen konservativen Wochenmagazin The Spectator erschien. Was er von der italienischen Justiz hält, hatte er bislang noch nie so deutlich formuliert: »Richter sind geistesgestört. Wenn sie diesen Job haben, dann deshalb, weil sie sich anthropologisch vom Rest der Menschen unterscheiden«, daher arbeite er an einer Reform der Justiz. Berlusconi sagte, die Journalisten seien alle links, seine Kritiker seien nur auf seinen Erfolg neidisch. Und von Außenpolitik war auch die Rede. Nach Berlusconis Weltanschauung sollen Freiheit und Demokratie überallhin exportiert und auch mit Gewalt durchgesetzt werden. Wie im Irak. Empört über diese »an Rassismus grenzenden Beleidigungen« haben sich zugleich Opposition, Richterverbände und sogar der Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi geäußert. Von seiner Partei erhält der große Kommunikator jedoch volle Unterstützung, Berlusconi habe schließlich den Mut zu sagen, was die Mehrheit der Italiener denkt, kommentieren Parteimitglieder.

Schwanger gehen

Großbritannien. Um Minderjährigen zu demonstrieren, dass eine Schwangerschaft kein großer Spaß ist, hat sich die britische Regierung zu einer realitätsnahen Abschreckungsmaßnahme entschlossen. Mit Hilfe eines Schwangerschaftssimulators sollen minderjährige Frauen die Qualen werdender Mütter erleben. Den Anzug mit einem mit Wasser gefülltem Schwangerschaftsbauch, der starke Rückenschmerzen verursacht, und schweren hängenden Brüsten sollen sich »gefährdete« Schülerinnen aus einem Armenviertel in Manchester, wo es besonders viele minderjährige Mütter gibt, ab sofort zur Abschreckung umschnallen können. Verstärkt wird die Wirkung noch durch in den Anzug eingearbeitete Bleikugeln, die Beine und Arme des Fötus simulieren und die schmerzhaft gegen den Brustkorb der Trägerin drücken.

Auch ein kleines Sandsäckchen, das die ganze Zeit auf die Blase drückt, wurde nicht vergessen. Wie lange sie mit dem Anzug durch die Gegend laufen müssen, damit sich die gewünschte Wirkung entfaltet, ist noch unklar.

© Jungle World Verlags GmbH